

Deutschland: Verlust für Homo-Gegner im Kirchenparlament

Württemberg gilt als LGBTI-feindlichste der 20 evangelischen Landeskirchen in Deutschland. Homo-Gegner gehen allerdings aus der Wahl zum Kirchenparlament geschwächt hervor.

Die konservativen Pietisten haben in der württembergischen Landessynode künftig weniger Einfluss. Ihre Fraktion "Lebendige Gemeinde" verlor bei der Wahl zum Kirchenparlament acht Mandate und kommt nur noch auf 31 der 90 Sitze, wie die Evangelische Landeskirche am Montag in Stuttgart mitteilte. Diese Gruppe lehnt mit Verweis auf die Bibel nicht nur die Gleichbehandlung Homosexueller ab, sondern propagiert sogar teilweise die "Heilung" von Lesben und Schwulen.



Genauso viele Sitze wie die "Lebendige Gemeinde" erreichte die linksliberale und LGBTI-freundliche Gruppe "Offene Kirche", die damit genauso viele Sitze wie bei der letzten Wahl 2013 erreichen konnte. 16 Sitze entfallen auf die gemässigte Gruppe "Evangelium und Kirche", die sich selbst in der Mitte einordnet, und 12 auf die junge Bewegung "Kirche für morgen".

Der Vorsitzende der "Lebendigen Gemeinde", Ralf Albrecht, zeigte sich enttäuscht und überrascht vom Wahlergebnis: "Vieles davon bleibt für mich auch unverständlich." Die "Offene-Kirche"-Vorsitzende Erika Schlatter-Ernst kündigte an: "Wir würden uns gerne einsetzen für ein Klimaschutzgesetz, das Kirche und Gemeinden und Einrichtungen verpflichtet, Klimaneutralität zu erreichen." Die "Offene Kirche" ist auch für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare – ein Thema, über das die Landessynode in der Vergangenheit sehr kontrovers diskutiert hatte.

Württemberg ist die homophobste Landeskirche in Deutschland

Die Landeskirche Württemberg ist seit Jahren die homosexuellenfeindlichste in Deutschland. Sie hatte sich als letzte Landeskirche gegen die öffentliche Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren gewehrt. Am Ende beschloss sie vor wenigen Wochen einen Kompromiss, dass eine kleine Anzahl an Gemeinden Homo-Paare im kommenden Jahr segnen darf, allerdings müssen dafür hohe Voraussetzungen erfüllt werden. Maximal jede vierte Gemeinde darf demnach in Württemberg ihre örtliche Gottesdienstordnung ändern.

Mit 22,9 Prozent fiel die Wahlbeteiligung am Sonntag um 1,4 Prozentpunkte niedriger aus als bei der Wahl 2013. Etwa 412'000 der 1,8 Millionen wahlberechtigten Kirchenmitglieder in Württemberg gaben ihre Stimme ab. Landesbischof Frank Otfried July hätte sich zwar gewünscht, dass mehr Mitglieder wählen. In vielen Gemeinden sei aber "engagiert diskutiert und über den Weg der Kirche nachhaltig nachgedacht worden", erklärte er.

Die Synodalen entscheiden nicht nur über die Verwendung der Kirchensteuern und die kirchlichen Gesetze. Sie stimmen spätestens in drei Jahren auch über eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger des Landesbischofs ab. Der Anteil der Frauen im neuen Kirchenparlament wird 40 Prozent betragen und der Altersdurchschnitt bei 51 Jahren liegen. Die Protestanten in Württemberg stimmten bei der Kirchenwahl zugleich über rund 10'000 Kirchengemeinderäte in den 1'244 Gemeinden ab.